



Kommission für Wirtschaft und  
Abgaben

CH-3003 Bern

wak.cer@parl.admin.ch  
parl.ch

An den Bundesrat  
3003 Bern

4. November 2025

## **Änderung der Eigenmittelverordnung (Vorsichtige Bewertung von Bilanzpositionen, AT1-Kapitalinstrumente und Zuschläge für das Gesamtengagement)**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin,  
sehr geehrte Frauen Bundesrätinnen und Herren Bundesräte

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) wurde an ihrer heutigen Sitzung zur geplanten Anpassung der Eigenmittelverordnungen (ERV) sowie weiterer Verordnungen, zu denen der Bundesrat vom 6. Juni bis 29. September 2025 eine Vernehmlassung durchgeführt hatte, konsultiert. Sie hat in diesem Zusammenhang folgende Empfehlungen an den Bundesrat verabschiedet, die jeweils von einer Mehrheit der Kommission unterstützt werden:

Es ist unbestritten, dass es eine verhältnismässige und international aufeinander abgestimmte Ausgestaltung der ERV-Massnahmen braucht. Entsprechend verschärfte Verordnungsbestimmungen bezüglich der Bewertung von Bilanzpositionen sollen deshalb zur raschen Verbesserung der Finanzmarktstabilität für die UBS als letzte verbleibende global systemrelevante Bank (G-SIB) zügig in Kraft und umgesetzt werden.

Die Kommission empfiehlt dem Bundesrat, die Änderungen bei der ERV und der Liquiditätsverordnung (LiqV) grundsätzlich – so wie von der Parlamentarischen Untersuchungskommission «Geschäftsführung der Behörden – CS-Notfusion» (PUK-CS) empfohlen – auf SIBs zu beschränken.

Zudem soll bei der Umsetzung der Änderung der ERV eine Differenzierung zwischen inländisch tätigen systemrelevanten Banken (SIB) und G-SIB vorgenommen werden. Dabei ist der Grundsatz der Proportionalität sicherzustellen. Für inländisch tätige SIB, die nicht international tätig sind, sollen vereinfachte Anforderungen und eine verlängerte Übergangsfrist von 5-7 Jahren gelten.

Die Kommission empfiehlt dem Bundesrat weiter, die Verordnungsentwürfe betreffend die ERV dahingehend anzupassen, dass die vorgesehenen Verschärfungen in ihrer Gesamtheit nicht über die Regulierung internationaler Finanzplätze hinausgehen. Die Verschärfungen müssen für das Schweizer Kapitalregime ein wettbewerbsfähiges Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen gewährleisten. Folgende Hinweise betreffend bestimmter Regulierungsbereiche sollen dies verdeutlichen:

- Betreffend die Bewertung bestimmter Bilanzpositionen – Software, latente Steuerpositionen aufgrund zeitlicher Diskrepanzen (DTA) und vorsichtige Bewertungsanpassungen (PVA) – sollten jedenfalls die internationale Vergleichbarkeit erhalten und darauf geachtet werden,



internationale Standards und gängige Praxis auf konkurrierenden Finanzplätzen nicht zu übertreffen – sowohl im Einzelnen wie auch im Ganzen. So lässt die EU bei der Berücksichtigung von aktivierten IT-Investitionen grundsätzlich eine Abschreibung über 3 Jahre zu. Weiter geht die vorgeschlagene Regelung von latenten Steuerpositionen aufgrund zeitlicher Diskrepanzen (DTA) klar über die Basel-III-Standards und die Regelung auf konkurrierenden Finanzplätzen hinaus. Damit wird keine angemessene Differenzierung zugelassen, mit welcher nicht nur die Stabilität der Beaufsichtigten gestärkt werden könnte, sondern auch ihrer Wettbewerbsfähigkeit Rechnung getragen würde.

- Eine Stärkung der AT1-Kapitalinstrumente als zentrales Element zur Krisenbewältigung ist zielführend. Mit einer Anpassung der Schweizer Regeln an diejenigen der EU und des UK kann die Marktfähigkeit von Schweizer AT1-Instrumenten, deren Verlustabsorptionsfähigkeit und damit die Widerstandsfähigkeit des Bankensystems gestärkt werden.
- Die zusätzlichen Informationspflichten sollen auf das notwendige Mass beschränkt werden und sind praktikabel auszugestalten – unter Berücksichtigung der bestehenden Liquiditätsanforderungen, insbesondere die Liquiditätspuffer für ein 30-tägiges Bank-Run-Szenario. Kleine Banken sollen von diesen zusätzlichen Informationspflichten ausgenommen werden, da ein zusätzlicher Stabilitätsgewinn aus ihrer Unterstellung unter die Verschärfungen nicht ersichtlich ist.

Im Namen der Kommission danke ich Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Thomas Aeschi  
Kommissionspräsident